

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 37 (1957-1958)  
**Heft:** 11

**Artikel:** Die wirtschaftliche und finanzielle Situation der Niederlande  
**Autor:** Meyer, Justus  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-160739>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 23.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

2. Ausgeglichene Staatsbudgets und möglichst geringe Kreditschöpfung.
3. Wille zur Lohn- und Preisstabilisierung mit entsprechend energischen Maßnahmen der Regierungen und Notenbanken.
4. Verständnis und Zurückhaltung der Gewerkschaften, die die «full employment»-Theorie nicht à outrance ausnützen dürfen.
5. Bewußte Rückkehr zum Goldstandard über eine nach und nach anzustrebende Konvertibilität.

Unter letztgenanntem Punkt ist allerdings ein Fernziel gegeben, dessen Erreichung zuerst durch Rückgewinnung des Vertrauens in die Währungen vorbereitet werden muß. Besonders wichtig ist, daß vor allem dem *Circulus vitiosus* entronnen wird, der uns zwischen Sparabneigung wegen Inflation und zunehmender Inflation wegen mangelnden Sparens gefangen hält. Es unterliegt keinem Zweifel, sagte A. Schaefer, daß zur Erreichung harter Währungen nur harte Maßnahmen geeignet seien. Nur dann könnten die für die ganze freie Unternehmerwirtschaft höchst bedeutsamen und auf die Dauer gefährlichen, durch die Inflationsfurcht hervorgerufenen Veränderungen in den Anlagegewohnheiten erfolgreich beeinflußt werden.

## DIE WIRTSCHAFTLICHE UND FINANZIELLE SITUATION DER NIEDERLANDE

VON JUSTUS MEYER

### *Der Kredit ist erschöpft*

Die Niederlande befinden sich am Ende des Jahres 1957 in einer Situation, wie sie dieses Land in seiner Geschichte noch nie erlebt hat. Man kann den Zustand in wenigen Worten beschreiben: Er besteht nicht nur darin, daß die Obrigkeit (besonders die Gemeinden) über praktisch keine budgetierten Mittel mehr verfügt, um auch nur die nötigsten Investitionsausgaben zu bestreiten und sich hier und dort in der Finanzierung laufender Geschäfte Schwierigkeiten einstellen, sondern auch darin, daß die Gemeinden in kurzer Zeit eine Schuld von weit mehr als anderthalb Milliarden auf sich geladen haben, die sie aus eigenen Mitteln sicher nicht werden begleichen können. Auch die Landesregierung lebt von der Hand in den Mund und kann sich nur aufrecht erhalten, indem sie im Ausland Anleihen aufnimmt (vor kurzem noch 200

Millionen Gulden als einjähriges Darlehen in Deutschland) und indem sie die Steuereintreibung beschleunigt. Was diesen letzten Punkt betrifft, hat sich die Regierung bereits vor zwei Jahren auf diesen gefährlichen Weg begeben, die Eintreibung der Unternehmungssteuern in der Weise zu verschärfen und zu beschleunigen, daß Aktiengesellschaften schon lange vor dem Ende des Rechnungsjahres drei Viertel eines vorläufigen Steuerbetrages, basierend auf dem Gewinn des vorausgegangenen Rechnungsjahres, bezahlen mußten. Eine ähnliche Verfügung wurde im Jahre 1957 auch auf die Steueransätze natürlicher Personen ausgedehnt. Im Hinblick auf diese Situation müssen wir von einer großen Gefahr sprechen; denn erstens erschöpft die Regierung dadurch einen guten Teil ihrer letzten Steuerreserven und zweitens läuft sie dauernd Gefahr, in einem folgenden Steuerjahr für vorläufige und beschleunigt erhobene Steuerbeträge Rückzahlungen leisten zu müssen, wenn es sich herausstellt, daß das Jahr, für das die vorläufigen Ansätze berechnet wurden, für die Steuerpflichtigen niedrigere Einkommen ergeben hat als angenommen worden war. Gerade jetzt, da die Konjunktur in verschiedenen Wirtschaftszweigen der Niederlande merklich zurückgeht, ist dies keineswegs unwahrscheinlich. Dazu kommt, daß damals die beschleunigte und verschärzte Eintreibung der Unternehmungssteuern mit dem Argument begründet wurde, dies geschehe, um in einer überhitzten Konjunktur die Liquidität in den Unternehmungen abzuschöpfen und damit der Überinvestierung entgegenzuwirken. Also wurde damals offiziell behauptet, dies solle eine zeitlich beschränkte Maßnahme sein, auf die man zurückkommen werde, wenn sich die Situation im Wirtschaftsleben und namentlich die Liquidität in den Unternehmungen als so prekär erweise, daß man ihr entgegentreten müsse. Obwohl diese Notlage nunmehr in beträchtlichem Maße eingetreten ist, denkt die Landesregierung natürlich nicht daran, ihr diesbezügliches Versprechen einzulösen, so daß die vorzeitigen Eintreibungen faktisch auf eine einmalige Extrasteuern hinauslaufen. Dasselbe würde beispielsweise geschehen, wenn ein Mieter, der seine Miete immer auf Ende eines Monats bezahlt, plötzlich zur Vorauszahlung gezwungen würde. Obwohl man zwar behaupten könnte, er sei diese Miete doch schuldig, käme es doch so heraus, daß er diese doppelte Mietentrichtung erst dann einholen würde, wenn er das Haus verlassen oder sterben würde. So kann man auch sagen, daß die doppelte Aktiensteuer vor zwei Jahren, als die beschleunigte und verschärzte Eintreibung begann, erst ausgeglichen werden wird, wenn eine Unternehmung Geld verliert (was vielleicht nicht mehr so lange auf sich warten lassen wird), in Konkurs gerät oder liquidiert wird. Dann allerdings wird die Hilfe zu spät kommen, und man kann schon an diesem einen Beispiel sehen, daß sich die Regierung nicht gescheut hat, Unternehmungen sowie Privatpersonen mit höherem Einkommen als Lastesel zu mißbrauchen.

## *Mieteblockierung*

Dies ist auch in bezug auf die Hauseigentümer geschehen. Das Jahr 1957 hat das überstürzte und erzwungene Zustandekommen eines Gesetzes erlebt, das vom ganzen Land, jedenfalls von allen Bürgern, die über finanzielle, juristische und wirtschaftliche Probleme nachzudenken imstande sind, heftig abgelehnt wurde. Die Hälfte der (dringend notwendigen) Mietpreiserhöhung von 25 %, die auf den 1. August 1957 zu stande kam, muß beim Staat auf ein blockiertes Konto einbezahlt werden, wovon dann der lächerliche Zins von 3 % vergütet wird. Nachträglich, d. h. nach der Budgetberatung für 1958, ergibt sich nun, daß die Regierung die durch die Mieteblockierung eingebrachten 60 Millionen benötigt hat, um ihre Kasse (auf dem Papier) auszubalancieren. Aber ein großer Teil des nüchtern denkenden niederländischen Volkes begriff ohnehin, es widerspreche der Gerechtigkeit, wenn zufällige Wohnungsbesitzer (eine politisch, d. h. bezüglich der Stimmenzahl unbedeutende Gruppe) daran gehindert werden, den Marktpreis ihres Gutes zu ihrem Realeinkommen zu schlagen. Es ist vielleicht kein Zufall, daß gerade als die öffentlichen Debatten aufs heftigste die Gemüter erregten und als trotzdem das Mieteblockierungsgesetz in der Kammer angenommen wurde, die Konjunktur in den Niederlanden definitiv umschlug, denn dieses Gesetz hat das letzte Vertrauen in die Objektivität der in der Hauptsache aus Katholiken und Sozialisten bestehenden Regierung vernichtet. Wenn breite Bevölkerungskreise ihr Vertrauen in die Redlichkeit der Regierung verlieren, wenn auf diese Weise das Ansehen der Behörden verspielt wird, dann verliert man das Vertrauen in die Zukunft. Das ist eine traurige Sache, auch für die Konjunktur. Jetzt werden sogar neue und allgemeine Kinderzuschläge beabsichtigt, ein Steckenpferd der Katholiken, zum Beweis, daß der angebliche Kampf gegen die Inflation nicht ernst gemeint ist, sobald die Demagogie eine Rolle spielt.

## *Eine nichtgewählte Regierung*

Ohne eine kleine Übersicht über die Ereignisse seit dem Krieg ist es indessen nicht möglich, den Zustand zu verstehen, in den die Niederlande geraten sind.

Daß in dem durch die Besetzung ausgeplünderten und ausgehungerten Land unmittelbar nach der Befreiung eine von oben diktierte Ordnung nötig war, wurde allgemein anerkannt, wenn es auch einige einsichtige Leute gab, die glaubten, daß ein fleißiges und nüchternes Volk wie das niederländische sich in Freiheit sehr wohl durch eigene Kraft wieder erhalten könne. Leider wurde die erste niederländische Nachkriegsregierung nicht durch das Volk gewählt, sondern auf eine etwas geheim-

nisvolle Weise von hoher Stelle aus eingesetzt. Im ersten Befreiungsrausch hatte man nicht so sehr darauf geachtet, aber nachher wurde offenbar, daß man damit sozusagen das troyanische Pferd in die Stadt geholt hatte. Als die Vorkriegsregierung der Niederlande noch in London residierte, wurden begreiflicherweise verschiedene Notmaßnahmen getroffen. Eine davon war die berüchtigte «F 67», in welcher, kurz gesagt, bestimmt wurde, daß für den Wiederaufbau notwendige Liegenschaften gegen Vorkriegspreise expropriert werden konnten. Als Mittel gegen die Gefahr, daß der rasche Wiederaufbau zerstörter Städte durch lange dauernde vorkriegsmäßige Expropriationsprozeduren verzögert werde, konnte F 67 gebilligt werden, denn seine Geltungsdauer wurde expressis verbis auf sechs Monate nach der Befreiung festgesetzt. Trotzdem wurde diese Vorschrift noch lange danach dazu mißbraucht, den Gemeinden gegen lächerlich niedrige Preise Bauland in die Hände zu spielen, ohne daß ein praktischer Widerstand dagegen möglich war. Anderseits kam es vor, daß gewisse Gemeinden dieses Bauland gegen ein Vielfaches des aufgezwungenen «Preises» an Dritte weiterverkauften. Wir führen dieses eine Beispiel an, um zu zeigen, daß es den sozialistischen (und kryptokommunistischen) Scharfmachern, die es verstanden hatten, sich in die erste Regierung hineinzudrängen, darum zu tun war, die Niederlande zu einem sozialistischen Staat zu machen, was sicher nicht dem Willen der Volksmehrheit entsprach. Ein Beweis hiefür ist die Tatsache, daß die sozialistische Partei bei allen Wahlen nicht viel mehr als 30% der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Die Katholiken, die ebenfalls mit ca. 30 % der Stimmen zusammen mit den Sozialisten regierten, fürchteten so sehr, Stimmen an die roten Brüder zu verlieren, daß sie sich mit vielen Gesetzen und Maßnahmen einverstanden erklärten, die sie im Herzen eigentlich ablehnten, und welche die Niederlande zu einem merkwürdigen «Wohlfahrtsstaat» mit geleiteter Wirtschaft werden ließen.

Diese Darlegung war nötig, um es für Außenstehende begreiflich zu machen, wie ein nüchternes, fleißiges und hart arbeitendes Land nach 12 Jahren praktisch in Konkurs geraten ist. Aber es geschah viel mehr. Der erste Finanzminister, Lief tinck, früher der christlichen Richtung angehörend, aber in einem Konzentrationslager zum Sozialismus bekehrt, glaubte das zerrüttete Geldwesen nicht besser in Ordnung bringen zu können als durch extreme Kapitalabgaben (mit einer Unzahl von Ungerechtigkeiten), anstatt durch eine Notblockierung von Superliquiditäten, die dann nach und nach wieder aufgehoben werden können, wenn der Wiederaufbau diese Gelder gefördert haben würde. Im übrigen sind auch alle flüssigen Mittel, Papiere und harte Währung, nach der Befreiung zeitweilig blockiert gewesen.

## *Politik des billigen Geldes*

Nun wollte es das Schicksal, daß gerade unmittelbar nach der Be-  
freiung die Theorien von Keynes auch in den Niederlanden Verbreitung  
fanden. Minister Lieftinck war ein überzeugter Anhänger dieser Theorie  
des billigen Geldes. Auf vielerlei Arten hat er seine von Keynes übernom-  
mene Anschauungsweise in die Praxis umgesetzt. Zunächst durfte man  
nach der Wiedereröffnung der Effektenbörse im Mai 1946 für das blok-  
kierte Geld anfänglich nur Guldenobligationen kaufen, wodurch schon  
der Obligationenkurs sofort viel zu hoch hinaufgetrieben wurde, so daß  
ein niedriger Zinsstand vorgespiegelt wurde, der gewiß nicht mit den  
Kapitalbedürfnissen eines ausgeplünderten Landes übereinstimmte.  
Dann hat Lieftinck den Ertrag der Kapitalabgaben, der sich auf ca.  
4 Milliarden belief, nicht wie man erwartete, zur Abzahlung gewisser  
Kriegsschulden verwendet, sondern er hat ihn einfach für die laufenden  
Staatsausgaben mißbraucht. Darüber hinaus hat er die absurde Maß-  
nahme getroffen, daß die Kapitalabgaben mit langfristigen Staatsobli-  
gationen (mit einer Ausnahme zu pari) geleistet werden konnten. Dies  
hatte zur Folge, daß für diese Obligationen auf der Börse jahrelang  
Nachfrage herrschte, ohne irgend einen Zusammenhang mit dem neu  
angelegten Sparkapital. Dadurch wurde wiederum ein viel zu niedriger  
Zinsstand vorgespiegelt. Um das Spiel zu vollenden, wurden denjenigen  
Leuten fiskale Erleichterungen gewährt, welche für Pensionsversicherun-  
gen Prämien bezahlten, während nach und nach erzwungene Pensions-  
stiftungen mit erzwungenen Prämienabzügen ins Leben gerufen wurden.  
So wurden die Ersparnisse zu einem guten Teil in die Richtung der In-  
stitutionen abgeleitet, die grundsätzlich risikomeidende Anlagen suchen.  
Auf diese Weise wurde ein künstliches Geldangebot für Obligationen und  
Darlehen geschaffen, das wiederum den Zinsfuß hinunterdrückte. Viele  
damit im Zusammenhang stehende Erscheinungen wollen wir nicht be-  
schreiben; nur einen Punkt haben wir noch zu erwähnen, nämlich, daß  
die «Nederlandse Bank» (zweifelsohne auf Antreiben der Regierung) im  
Jahre 1954 den Handelsbanken 1200 Millionen Gulden Liquidität in  
Form von 8—10—12jährigen Staatspapieren gewissermaßen abzapfte.  
Die beträchtliche Liquidität der Banken war damals die Folge des großen  
Devisenzstroms, der seinerseits durch den zu jener Zeit noch niedrigen  
Kostenindex in den Niederlanden verursacht worden war. Dem nieder-  
ländischen Export nach Ländern mit schwacher Valuta kam es zugute,  
daß sich Deutschland, der große Konkurrent, erst 1948 langsam wieder  
zu erholen begann, während in England und Frankreich schon starke  
Inflation herrschte. Wir wollen uns nicht darüber aussprechen, ob es  
opportun war, daß die «abgezapften» 1200 Millionen Gulden bei der  
«Nederlandse Bank» einbezahlt werden mußten. Hätte die «Nederlandse  
Bank» diese Summe auf besonderem Konto sterilisiert, hätte man später

über die Wünschbarkeit einer Deblockierung vor Ablauf der 8—10—12-jährigen Staatspapiere (wie sie sich 1957 überdeutlich zeigte) diskutieren können. Die Regierung verbrauchte aber die 1200 Millionen Gulden wiederum für ihre budgetierten Ausgaben, so daß niemand weiß, ob der Wert der Staatspapiere in den Jahren 1962—1964—1966 jemals wieder den Handelsbanken zurückbezahlt werden kann, ohne daß eine schwere Inflation entsteht.

### *Die Gemeinden können nicht mehr weiter*

Mit dieser Auswahl aus den finanziellen und geldwirtschaftlichen Irrtümern der Nachkriegsverwaltung müssen wir uns begnügen, obschon sie nicht die einzigen sind. Der niedrige Zins, der aus dem einen und andern folgte und vollkommen mit der Theorie von Keynes übereinstimmte, wirkte sich tatsächlich so aus, daß für ein seltenes Gut (Kapital) ein viel zu niedriger Marktpreis erzwungen wurde. Es ist demnach kein Wunder, daß die sowohl durch die Regierung als auch durch das Unternehmertum forcierte Industrialisierung der Niederlande in beschleunigtem Tempo den Vorrang erhielt. An sich war diese Industrialisierung existenznotwendig nach den Verwüstungen des Krieges und bei der schnell anwachsenden Bevölkerungszahl (1957 ca. 150 000 netto, d. h. 1½ %). Man kann auch die Behauptung verteidigen, daß unmittelbar nach der Befreiung auf nicht allzu orthodoxe Weise die Anlage eines Sparkapitals ins Auge gefaßt werden mußte, daß aber das Ganze jedenfalls irgendeines ankurbelnden Impulses bedurfte. Aber noch mehr als zehn Jahre nach der Befreiung wurde die Theorie des billigen Geldes in die Praxis umgesetzt. In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß die — zu Beginn beschriebene — Geldnot der Gemeinden die Folge des sogenannten Zinsgamma war, wodurch die untergeordneten behördlichen Instanzen gezwungen wurden, das Geld zu einem ganz bestimmten Höchst-Zinsfuß aufzunehmen. Dieses Zinsgamma besteht noch (November 1957), und obwohl der Marktzins schon lange über das Maximum gestiegen ist, wird es noch immer gehandhabt. Also konnten die Gemeinden keine langfristigen Darlehen aufnehmen, wiewohl sie dies noch so gerne hätten tun wollen, schon zur Zeit, als noch Geld zur Verfügung stand. Da die meisten Gemeinderäte dem illustren Beispiel der Regierung folgten und alles andere als sparsam waren, mußte ihnen dies bald zum Verhängnis werden. Jahrelang konnten die Gemeinden, infolge der oben dargestellten künstlichen Erweiterung des Geldmarktes, gegen ziemlich niedrigen Zins riesige Leihkapitalien an sich ziehen, wodurch die Verschwendug gefördert wurde. Auch dies hätte vielleicht noch aufgefangen werden können, wäre nicht wenige Jahre nach der Befreiung (1948) das sogenannte Wohnungsgesetz zustandegekommen. Dieses Gesetz er-

möglichst das Bauen von Wohnungen, die dann weit unter ihrem ökonomischen Wert vermietet werden. Die Finanzierung dieses Bauprogramms geschah anfänglich durch den Staat und die Gemeinden gemeinsam, später allein durch die Gemeinden. Der Häuserbau sollte aber volkswirtschaftlich eigentlich aus echten Spargeldern, und zwar durch private Erbauer finanziert werden, die auf diese Weise auf eine rentable Anlage hoffen können. Weil aber die niederländischen Hauseigentümer in der Nachkriegszeit wie Parias behandelt wurden, entstanden zufolge der Initiative privater Erbauer vorwiegend nur noch Häuser für den eigenen Gebrauch. Ferner wurden Häuserblocks durch große Pensionsstiftungen finanziert, welche von den durch die Regierung bezahlten Prämien für die sogenannten «unrentablen Kosten» profitierten. Die politisch ausgerichteten Wohnungsbauvereinigungen machten sich die Art und Weise zunutze, mit welcher die Regierungsgelder zum Häuserbau verwendet wurden, nämlich so, daß gegen niedrige Mieten die Wohnungen den Gefolgschaft leistenden Wählern zugute kamen. Als das Jahr 1958 herannahte, kam es dann allerdings soweit, daß die Regierung Zahlungen für die sogenannten «unrentablen Kosten» entrichten mußte, die mit der Höhe der Mietpreise zusammenhingen. Dies ist der eigentliche Grund, weshalb im Jahre 1957 eine Mieterhöhung um 25 % forciert werden mußte. Die Sozialisten wünschten aber nicht, daß dieser «Gewinn» den Eigentümern von Vorkriegshäusern zugute kam. So ist in den Niederlanden alles durch die Politik verdorben worden, und es kam so weit, daß der Markt für Leihkapitalien während langer Zeit völlig stillstand. Erst vor kurzem (im Oktober 1957) wurde eine nationale Wohnungsbauanleihe mit Erfolg ausgeschrieben. Der Ertrag von fast 400 Millionen Gulden (minus 78 Millionen, die aus kurzfristigen Gemeindeanleihen bezahlt wurden) übertraf jedermanns Erwartungen. Er kommt aber zu einem gewissen Teil nur einer Verschiebung von Geldern innerhalb des Kapitalmarkts gleich, die bei Sparbanken und anderen Institutionen deponiert waren. Der Erfolg dieser Anleihe wurde durch den «hohen» Zinsfuß von 6 % ermöglicht. Die letzte, tatsächlich mißglückte Staatsanleihe hatte auf 3½ % gelautet (April 1956). Seither hatten die Gemeinden noch einige Prämienanleihen aufnehmen können, aber schon bald hatte auch dies aufgehört. So ist der Regierungszins mit einem Sprung von 3½ auf 6 % gestiegen, obschon das obenerwähnte Zingsgamma noch immer an der Fiktion eines Maximalzinses von 4¼ % festhält! Wenn man beachtet, daß in dem wirtschaftlich und finanziell viel stärkeren Deutschland der Zinsfuß auch jetzt noch auf 7½ bis 8 % steht, kann man den gegenwärtig in den Niederlanden gültigen Zinsfuß nicht als außergewöhnlich hoch bezeichnen. Auf das niederländische Publikum aber haben die 6 % großen Eindruck gemacht. Man hat schon lange vergessen, daß das Land unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg, d. h. in den Jahren 1920—1923 schon Regierungsanleihen zu 6 und sogar

zu 7 % erlebt hat. Zu jener Zeit waren aber die Einkommenssteuern noch nicht so empörend hoch wie jetzt, so daß die Besitzer dieser Obligationen ihr Einkommen in der Tat zum größten Teil erhielten. Anstatt aber nun den Ertrag der oben genannten nationalen Wohnungsbauanleihe zu verwenden, um die Rückzahlung der kurzfristigen Gemeindeanleihen sicherzustellen, muß er zur Unterstützung neuer und bereits begonnener Arbeiten dienen, so daß die finanzielle Situation bis jetzt noch sehr wenig Klärung erfahren hat.

### *Die Regierung nahm und gab*

Die Nachkriegsregierung war nicht wenig stolz auf die Art und Weise, wie sie mit dem Geld wirtschaftete. Minister Lieftinck ließ darüber sogar eine Broschüre veröffentlichen mit dem Titel: «Die Regierung nimmt und gibt.» Das heißt: Die Regierung nimmt von den Kapitalbesitzern und von den Unternehmungen und gibt — zum Verbrauch — an die große Masse der Wähler. Auf diese Weise wurde während vieler Jahre stets Geld aus den Kapitalsektoren weggezogen und den konsumptiven Sektoren zugeschoben. Man nannte dies «Neuverteilung des nationalen Einkommens». Die Folge davon aber war die Aussaugung der Kapitalsektoren. Das konnte noch vertuscht werden, so lange die durch die Inflation stets ansteigenden Preise Scheingewinne vorgaukelten. So konnte die eine Lücke durch eine andere unsichtbar gemacht werden. Die vernichtenden Folgen der Politik des niedrigen Zinses und der Neuverteilung des Einkommens durch Minister Lieftinck (der von vielen für genial gehalten wurde) kommen nun aber plötzlich ans Licht, jetzt, da die Weltkonjunktur unsicher wird und ein System der Preiskontrolle seinen Einzug hält, wie dies im Herbst 1956 der Fall war. Nun drohen die Scheingewinne in sehr reale Verluste umzuschlagen, und die Angelegenheit erscheint ziemlich festgefahren.

### *1956: Verhängnisvolles Ansteigen der Löhne*

Der verhängnisvollste Fehler wurde im März 1956 begangen, als die Regierung (nicht zufällig am Vorabend der Wahlen vom Sommer 1956) eine sogenannte Wohlfahrtszulage von 3 % der Löhne forcierte, die mit einer vorgesehenen Lohnerhöhung von noch einmal 6 % zusammengekoppelt war. Zusammen mit den Soziallasten bedeutete dies ein Ansteigen der Löhne um 10—12 %. Vorher waren die Lohnerhöhungen immer ungefähr parallel gegangen mit der ansteigenden Arbeitsproduktivität, aber aus demagogischen Erwägungen heraus wurde im Jahre 1956 nicht mehr hierauf geachtet. So ist gerade in diesem Jahr die niederländische

Wirtschaft in Schwierigkeiten geraten, wie es die objektiven Nationalökonomien bereits prophezeit hatten. Vielleicht hätte auch dieser Rückschlag noch aufgefangen werden können, wenn die Weltkonjunktur im Jahre 1957 so freundlich gewesen wäre, sich noch weiter inflationär zu entwickeln. Wie jedermann weiß, geschah aber das Gegenteil. Zweimal wurde die sozialistische Regierung der Niederlande wie durch ein Wunder gerettet. Das erste Mal geschah es durch die Marshall-Hilfe, die fast 4 Milliarden Gulden ins Land brachte, wogegen allerdings Niederländisch-Indien verloren ging, weil die USA damals einem politischen Ziel nachstrebten, das ihnen heute viele Schwierigkeiten bringt. Das zweite Mal kam die Rettung in Gestalt der großen Welt-Hausse nach dem Koreakrieg. Jetzt aber hat sich das Wunder nicht wiederholt, und die Konsequenzen einer allein auf Stimmenfang ausgehenden Wirtschaftspolitik liegen klar vor Augen.

### *«Bestedingsbeperking»*

Die Regierungsökonomien haben im Jahre 1957 ein neues Wort erfunden: «Bestedingsbeperking» (Ausgabenbeschränkung). Die Vorkriegsregierungen sprachen jeweils von «aanpassen» (anpassen) oder von «bezuinigen» (einsparen). Diese gut niederländischen Worte rufen aber unangenehme Erinnerungen an eine Periode der Arbeitslosigkeit wach. Da wir nicht über ein Wort streiten wollen, wollen wir den Begriff «Bestedingsbeperking» annehmen. Aber er bedeutet nicht Einsparungsmaßnahmen, an denen alle, namentlich die lohnempfangenden Massen, mitzuhelfen hätten. Durch eine neue (ganz aus demagogischen Erwägungen herausgewachsene) allgemeine Kinderzulage vom dritten Kinde an werden wiederum ca. 170 Millionen Gulden jährlich in die Konsumption gepumpt. Nein: der Nachdruck wird auf die Senkung der Investierungen gelegt, und zwar sowohl in den Gemeinden als auch im Betriebsleben. Aber daß das Volk (das nicht viel begreift, aber wohl viel liest) sehr viel über die «Bestedingsbeperking» vernommen hat, sieht man doch daran, daß auch der Kleinhandel mit der Erteilung von Aufträgen sehr vorsichtig wurde. Alles zusammengenommen, hat der Slogan «Bestedingsbeperking» bereits einen enormen Rückschlag in verschiedenen Wirtschaftszweigen mit sich gebracht. Zunächst wurden die Bauunternehmer betroffen, die in Aussicht gestellte Aufträge (Wohnungs- und Straßenbau) von einem Tag auf den andern verloren gehen sahen und dann lediglich den Rat erhielten, ihr Inventar nach Deutschland zu vermieten. Die stark zurückgegangenen Übersee-Frachttarife sind für die holländische Schiffahrt keineswegs leicht zu nehmen, denn die Schiffahrtsgesellschaften gehören zu den größten Devisenverdienern des Landes (700 Millionen Gulden im Jahre 1956). Der Automobilverkauf ist

ebenfalls sehr stark zurückgegangen. Textilindustrie und Textilhandel, namentlich die Konfektion, gehen sehr schlecht. Die Metallindustrie, einer der Schrittmacher der Nachkriegskonjunktur, droht bald in große Schwierigkeiten zu geraten, da viele Konstruktionsarbeiten gestoppt worden sind oder jedenfalls keine neuen ins Auge gefaßt werden. Der Eisenbahnwagenbau erhält keine neuen Aufträge; der offizielle Grund liegt darin, daß die niederländischen Eisenbahnen jetzt wieder so schön seien, in Wirklichkeit ist aber die Sache die, daß auch diese Eisenbahnen keine Kredite mehr erhalten können. Außerdem wird die Exportindustrie, u. a. auch gerade der Eisenbahnwagenbau, stark gehemmt, weil die Exportfinanzierungsgesellschaft, die auf der Zusammenarbeit großer Banken beruht, auch bereits kein Geld mehr aufnehmen kann und sogar seinerzeit mehr Zusagen gemacht hat als sie heute einzuhalten imstande ist. Die «Herstelbank», welche nach dem Kriege gegründet wurde, um neue oder mit Liquiditätsschwierigkeiten kämpfende Unternehmungen zu unterstützen, ist ebenfalls bereits festgefahren. Kürzlich hat diese Bank mit Staatsgarantie noch ein ziemlich kurzfristiges Darlehen (auf 5 Jahre) in Dollars in den USA aufnehmen können, aber eine neue Aktivität von dieser Seite ist für die nächste Zukunft praktisch unmöglich.

### *Börsenbaisse*

Die Amsterdamer Effektenbörse hat diese Verwirrung bereits in starken Kurssenkungen zum Ausdruck gebracht, und zwar nicht nur für die bestehenden Obligationendarlehen mit niedrigem Zins, sondern auch und gerade besonders für sehr gut fundierte Aktien, um von den «dei minores» ganz zu schweigen. Einsteils war diese Kurssenkung natürlich die Folge des gestiegenen Zinsstandes, der höhere Rendementsforderungen auf den Aktien verursachte. Noch im Juli 1957 bewirkte die plötzliche Angst um den Gulden, die auf die Devaluation des französischen Frankens folgte, eine nur kurz dauernde Kaufwelle für niederländische Anteile, aber von Herzen kam das nicht. Vielmehr wurde es bald immer schlimmer, so daß man gegenwärtig von wirklich guten niederländischen Anteilen 7—9 % Rendement erhält, in einigen Fällen sogar noch mehr. Dies ist nicht nur die Folge des auf 6 % gestiegenen Zinsstandes, sondern auch der sogenannten Preiskontrolle, die von der Regierung gegenwärtig mit einem gewaltigen Beamtenaufwand durchgeführt wird. Da neue Lohnerhöhungen jetzt nicht mehr möglich sind, sollen die Reallöhne durch Preissenkungen gehoben werden. Da jetzt aber die Konjunktur noch weiter zurückgeht, entsteht allüberall Arbeitslosigkeit. Forcierte Preissenkungen sind nun einmal nicht ein günstiges Klima, um den Unternehmer in Bewegung zu setzen.

### *Steuern an Stelle von Anleihen*

Im Budget für 1958 sind nicht weniger als ca. 1780 Millionen Gulden für die Landesverteidigung reserviert, ein außerordentlich hoher Betrag, der allerdings in gewissen Sektoren den Lauf der Geschäfte in Gang erhält. Ferner sind budgetiert: 1195 Millionen für Erziehung und Kultur, 871 für soziale Fürsorge, Flüchtlingsangelegenheiten (!) und Volksgesundheit, 707 für Wasser- und Landverkehr, 569 für Landwirtschaft, Gartenbau, Viehzucht und Fischerei. Danach kommen 867 Millionen für den Wohnungsbau (297 im vorigen Jahr). Die Regierung wird im Jahre 1958 540 Millionen, die eigentlich durch die Gemeinden bezahlt werden müßten, für den Wohnungsbau auf ihre Rechnung nehmen. Faktisch bedeutet dies, daß die Regierung jetzt 540 Millionen aus den Steuern finanziert, die der Staat zu 6 % selber hätte leihen können und müssen. So wird das ganze Steuersystem auf den Kopf gestellt, denn es ist absurd, Steuern einzutreiben, in der Absicht, sie den Wohnungsbaugenossenschaften vorzuschießen, die ihrerseits die Anleihen in ca. 30 Jahren wieder zurückbezahlen müssen.

### *Einseitiger Wohnungsbau*

Wirtschaftlich gesprochen muß die Situation von 1958 in der Formel zusammengefaßt werden, daß die Niederlande sich ganz und ausschließlich auf den Wohnungsbau konzentrieren. Aber trotzdem muß man mit Nachdruck die Frage stellen, ob dadurch nicht das Geld (es bestehen noch andere, ebenso dringende Bedürfnisse) sehr einseitig ausgegeben werde. Dies ist der Grund für die Tatsache, daß sich die Amsterdamer Effektenbörse in einer Art Lähmungszustand befindet. Die Welt verändert sich jedoch so rasch, daß es schwer fällt, für 1958 Prophezeiungen zu machen. Es steht einzig fest, daß das fleißige und nüchtern denkende Land in einen sozialistischen Wohlfahrtsstaat umgestaltet wurde, dem jedoch die realen Mittel dazu fehlen. England hat genau das gleiche traurige Schicksal durchgemacht, nachdem es ein sozialistischer Wohlfahrtsstaat geworden war. Aber England verfügt noch über Verbindungen im Commonwealth. Dagegen stehen die Niederlande, nachdem sie die Kolonien weggeschenkt haben, ganz allein auf einem bis zum äußersten übervölkerten Territorium. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß das Vertrauen in die nächste Zukunft nicht groß ist.

### *Devisenverlust*

Um die Mitte des Jahres 1956 begannen die Niederlande Devisen zu verlieren. Dies war die Folge der oben skizzierten Faktoren. Zunächst gingen ca. 1250 Millionen Gulden in Gold und Devisen verloren. Die

letzten Monate brachten ein Zurückfluten des Geldes, das aber zum Teil erklärt werden muß mit im Ausland (Deutschland und USA) abgeschlossenen Valutaanleihen und mit den Auswirkungen mißglückter Spekulationen gegen den Gulden. Aber selbst wenn es gelingen sollte, den Devisenverlust wieder einigermaßen gutzumachen, kann man sagen: «What price glory!» Eine Depression hat sich durch das ganze Land hindurchgefressen. Sie schwamm im Kielwasser einer monetären Deflation, entstanden zum Teil durch Kreditrestriktionen, zum Teil durch erzwungene Preissenkungen. Dies läßt für 1958 unangenehme Dinge befürchten. Von Lohnerhöhungen wird nun vorläufig abgesehen, obschon sich die ziemlich schlecht bezahlten Beamten empören. Allein die Befürworter des Wohlfahrtsstaates sind noch nicht zufrieden. Das Defizit der Allgemeinen Bürgerlichen Pensionsstiftung (für Beamte) belief sich Ende 1954 schon auf 4 Milliarden und wird nun wohl auf 6 Milliarden angestiegen sein, zum Teil auch, weil die Pensionen nach den Endlöhnen berechnet werden, die beträchtlich höher sind als die Basislöhne, die ihrerseits für die Prämienhöhe den Ausschlag geben. Das Wirken der sozialistischen Regierung hat sich zwölf Jahre lang darin geäußert, daß die Kaufkraft des Guldens immer mehr untergraben wurde. Heute beträgt sie nur noch etwa einen Drittels ihrer Größe in der Vorkriegszeit. Während alle Preise unter strenger Kontrolle stehen, erhöht die Regierung ständig die Tarife der Staatsbetriebe (Post, Telephon, Telegraph, Eisenbahnen) im Rahmen der Theorie, daß der Staat dadurch Expansionskapital herbeischaffen müsse...

### *Die Depression frißt sich durch*

Der Rückgang der Hochkonjunktur, der Mitte 1956 begann und Mitte 1957 zum Ausbruch wirtschaftlicher Schwierigkeiten führte, ist so plötzlich und schnell vor sich gegangen, daß sich viele Niederländer noch nicht daran haben gewöhnen können. Jetzt gehen aber weiten Kreisen die Augen auf, die unter der Suggestion des inflationären Wohlfahrtsstaates mit seiner großen Nachfrage nach Waren und Arbeit investierten. Die Unternehmer haben auch investiert, weil das Aufschieben der Investierungen stets Geld kostete und weil die Preise der Kapitalgüter durch die Inflation stets anstiegen. Infolge des weitgehenden Ausbleibens neuer Investitionen ist nun die nächste Zukunft höchst unsicher geworden. Das einzige rechte Heilmittel läge in der Förderung von Kapitalbildung bei den Kreisen, die von alters her an das Sparen gewöhnt sind, d. h. bei den höheren Einkommen und in den Unternehmungen. Aber die sozialistische antikapitalistische Regierung will gerade diese Kreise so gründlich wie möglich aushöhlen. Die schrecklichen Folgen dieser Tendenz sind nun mit einem Schlag ans Licht gekommen. Aber es ist keine Rede davon, daß die Regierung etwa stürzen würde.

Nur eine rasch hereinbrechende Arbeitslosigkeit wird bewirken, daß man allgemein die verhängnisvolle doktrinäre Starrköpfigkeit einsieht, mit welcher die Regierung bis jetzt auf Kosten der kapitalbildenden Kreise gewirtschaftet hat.

Während man aber in den USA gerade um die Mitte des November 1957 erkannt hat, daß der Weg der Deflation zusammen mit Arbeitsmonopolen nicht gangbar ist, sucht man in den Niederlanden aus doktrinären Beweggründen den Kampf gegen die Inflation noch fortzusetzen. Vermutlich wird man im Lauf des Jahres 1958 wohl erkennen, daß man ein zerschlagenes Ei nicht wieder zusammenfügen kann und daß die Regierung ihre Staatsgeschäfte einschränken muß, um ein natürliches Gleichgewicht entstehen zu lassen. Das ist aber für Befürworter des sozialistischen Wohlfahrtsstaates ein schwer zu verdauender Brocken.

## DER SIEBZIGJÄHRIGE GOETHE

von EMIL STAIGER

Die Wendung zur altdeutschen Kunst und der «Westöstliche Divan» scheinen, ähnlich wie die italienische Reise, eine hohe Zeit in Goethes Leben zu eröffnen. Daß alsbald eine Stockung eintritt, die alte niederdeutsche Kunst nicht lange nachwirkt und die Quelle westöstlicher Lyrik schon nach 1815 allmählich verrieselt, würde noch nicht dagegen sprechen. Auch auf die «Römischen Elegien» folgen unfruchtbare Jahre. Erst 1794, in der Freundschaft mit Schiller, klärt und festigt sich der klassische Stil.

Doch eben ein solches Ereignis wie die Freundschaft mit Schiller bleibt jetzt aus. Nicht etwa weil es der Zufall so fügte, weil gerade niemand da war, der Schillers Platz hätte einnehmen können, sondern weil ein gemeinsames dichterisches Schaffen größten Stils dem Geist der Zeit nicht mehr entsprach, weil es keine Basis mehr gab, auf der ein ergiebiges Bündnis möglich gewesen wäre. Der orientalisierende Stil, der Goethe in einer flüchtigen Phase seines Lebens so tief beglückte, erscheint in der Geschichte der deutschen Dichtung als eine zwar köstliche, aber zusammenhanglose Spezialität, die einige Könner zur Nachahmung reizte,